

Erzähler vom Westerwald

Hachenburger Tageblatt

Tägliche Nachrichten
für die Gesamtinteressen des Westerwaldgebiets

Mit der achtseitigen Wochenbeilage
Illustriertes Sonntagsblatt.
Aufschrift für Drahtnachrichten.
Erzähler Hachenburg, Fernruf Nr. 72

Mit der Monatsbeilage: Ratgeber für
Landwirtschaft, Obst- und Gartenbau.
Druck und Verlag der Buchdruckerei
Th. Kirchhübel in Hachenburg.

Nr. 14

Bezugspreis: vierteljährlich 2.40 M.
monatlich 80 Pfg. mit Beleglohn; durch die
Post 2.25 M. bezw. 75 Pfg. ohne Beleglohn.

Während des Krieges müssen die Freibeilagen wegfallen.

Hachenburg, Freitag den 18. Januar 1918.

Anzeigenpreis (zahlbar im voraus):
die sechsseitige Beilage oder deren
Raum 20 Pfg., die Restzeile 60 Pfg.

10 Jahrg.

Kriegs-Chronik

Wichtige Tagesereignisse zum Sammeln.

16. Januar. Bei Lens lebhafteste Artillerietätigkeit. — Nordlich von Badonviller vorstehende Franzosen bringen vorübergehend in unsere Gräben ein. — Zwischen Brenta und Biadene Karer Feuerkampf.

Die erste Denkersfuhre.

Die Winterpause bis zum Beginn der Entscheidungskämpfe auf den Schlachtfeldern will man in Frankreich mit einem neuen Zeitungsstandart anfüllen. Das Volk muß ja beschäftigt, es muß unterhalten werden, sonst könnte es nachdenklich werden und an der glorievollen Führung der Herren Poincaré und Genossen, die es durchaus zum Beifall bringen wollen, allerlei auszufragen finden. Und Herr Clemenceau versteht sich auf das Geschäft. Das kennt man schon von früher her. Der Standaart ist kein Lebenselement, ob er nun auf dem Redaktions- oder auf dem Ministertisch liegt. Und mit Kleinigkeiten pflegt er sich nicht abzugeben; es muß schon zu Buch schlagen, was er unternimmt, denn umsonst zu arbeiten das überläßt er den armen Teufeln von Journalisten und Staatsmännern, die heute kommen und morgen gehen, ohne daß ein Dahn nach ihnen fährt.

Also ist der frühere Finanzminister und Ministerpräsident Gaillaux ins Gefängnis geschleppt worden. Die Kammer hat ihn der Justiz preisgegeben, er selbst hat darum, nachdem einmal die Anklage gegen ihn erhoben worden war, und nun wird zunächst darüber entschieden werden, ob er dem Militärgericht oder dem Staatsgerichtshof überwiesen werden soll. Seine stärkste Rechtsfertigung vor der Öffentlichkeit bestand darin, daß er der Regierung vorhalten konnte, sie stütze sich lediglich auf „alle Kamellen“, die schon dem Ministerpräsidenten Briand in die Hand gesteckt worden waren, ohne daß er in der Lage gewesen wäre, etwas gegen ihn zu veranlassen. Herr Clemenceau wußte darauf nichts rechtes zu erwidern. Jetzt aber hat er glücklich die neuen Tatsachen erwidert, deren er bedurfte, um das Fallbeil endlich herunterfallen zu lassen. In dem Geheimnis einer Florentiner Bank sollen geheime Aufzeichnungen aus der Zeit des — Agadir-Konfliktes entdeckt worden sein, die keinen anderen als Herrn Gaillaux zum Urheber haben und seine schwarze Seele rettungslos bloßstellen sollen. Man weiß zwar nicht recht, damals lebte Frankreich ja noch nicht im Kriege mit uns, von Hochverrat konnte also wohl nicht die Rede sein, wenn jemand es für nützlich gehalten haben sollte, seinem Lande den Frieden zu erhalten. Aber Herr Clemenceau weiß aus jeder Blüte Honig zu saugen; die Hauptsache ist, daß die Phantasie der Menge erregt wird; geheime Redereien mit den Männern des Kaisers, ein Geheimfach in einer ausländischen Bank, das sind gewiß höchst verdächtige Umstände, und es ist nicht mehr als recht und billig, wenn die Regierung zugreift. Aber noch mehr; außer den belastenden Schriftstücken sind auch Wertpapiere in Florenz gefunden worden, deren rechtmäßigen Erwerb Herr Gaillaux erst nachzuweisen haben wird. Man denke: im Juli 1914 hat er sein Vermögen auf etwas über eine Million Frank beziffert, und jetzt, 3 1/2 Jahre später, stellt sich heraus, daß der Mann inzwischen nicht ärmer, sondern reicher geworden ist! Wenn das nicht durchschlägt, dann läßt sich überhaupt kein Schuldbeweis mehr führen. Allerdings, es sind während des Krieges und zumeist auch durch den Krieg noch andere Leute reich geworden; Herr Clemenceau dürfte davon schon einmal gehört haben. Auch daß sie ihre Schätze in ausländischen Banken in Sicherheit bringen, und sei es nur um sie den neugierigen Blicken der heimischen Steuerbehörden zu entziehen, ist eine Erfahrung, die nicht gerade den Reiz der Neuheit verliert. Aber was heißt's, die Regierung braucht Beweismaterial, wenn der Standaart, auf den es ihr ankommt, nicht schon im Entstehen in sich zusammenfallen soll. Und überdies: Das Schließfach in Florenz trägt auf einen falschen Namen, auf einen gewissen Renouard — wern das kein Schuldbeweis sein sollte, dann würde Herr Clemenceau die Welt nicht mehr verstehen. Nun, es gibt noch Richter in Frankreich, und die werden die Ehre der Justiz zu wahren haben. Als interessierte Zuschauer können wir mit rein menschlichem Interesse ansehen, wie es der schon so oft mißhandelten Dame Gerechtigkeit diesmal in der Republik ergehen wird. Aber davon wollen wir doch noch rechtzeitig Kenntnis nehmen, daß man in Frankreich selbst schon die Einleitung eines Prozesses mit schweren Beschlüssen ausgesprochen hat. In dem Kammerauschuß, der über die Aufhebung der Unverletzbarkeit gegen Gaillaux zu beschließen hatte, hob sich der sozialistische Abgeordnete Laurent und betete dem Ministerpräsidenten wie folgt ins Gewissen:

„gerichtlichen Vertolgung gegen jede Veranlassung, die durch ihre Worte irgend welche Empfindlichkeit verletzt hat. Für und Tor öffnen. Die Menge ist schon vorbereitet, Hinrichtungen zu verlangen. Das Publikum ist auf Ihrer Seite. Es fordert von Ihnen den Kopf der Herren Gaillaux, Loustalot und vieler anderer. Nehmen Sie sich in acht! Ich verleihe Sie, daß die öffentliche Meinung mit Ihnen ist und diese Exekutionen verlangt. Sie wird noch andere von Ihnen verlangen, denn da gibt es keine Grenze. Wir treten in eine Periode ein, die geeignet ist, uns zu beunruhigen. Wir werden mit einem Jakobinismus milderer Art anfangen, aber nach dem Urteil gegen Gaillaux werden andere an die Reihe kommen. Bald werden Sie, Herr Clemenceau, vielleicht nicht mehr am Ruder sein und dann wird man gegen Sie die gleiche Forderung stellen. Man hat dem Kriegsgericht einen Mann (Drenfus) angeschlossen, der unschuldig war und Sie selbst sind für ihn eingetreten. Er war unschuldig und die Kriegsgerichte haben ihn gleichwohl verurteilt. Wenn wir jetzt auf Grund des einfachen Geschwöres, das uns mitgeteilt wurde, Gaillaux und Loustalot irgendwelchen Kriegsgerichten ausliefern, so wissen Sie so gut wie ich, welches ihr Urteil sein wird. Unausgesprochen sehe ich, daß Frankreich nicht mehr dem Krieg lebt, es lebt nur noch den Standaarten. Man verlangt die Exekution von dem und jenem, weil man mit Recht oder Unrecht uns allen die Verantwortung des Krieges zuschiebt. Wir sind es, gegen die das Volk sich richtet, das mit Vergnügen die Hinrichtung einiger von uns sehen würde. Deshalb möchte ich alle möglichen Garantien, bevor mit der ersten Denkersfuhre begonnen wird.“

Die Denkersfuhre ist bereitgestellt, aber Garantien braucht Herr Clemenceau nicht. Die demokratische Republik muß auch ohne sie auskommen. Mit solchen Kleinigkeiten pflegt man sich nur in den „despotisch“ regierten deutschen Reich aufzuhalten.

Neue Anklagen gegen Gaillaux.

Wie Pariser Blätter berichten, soll Gaillaux bereits auf seiner Reise nach Argentinien, die er 1913 im Auftrage des damaligen Ministerpräsidenten Briand unternahm, auf eine Verständigung mit Deutschland hingearbeitet haben. Der Beweis soll in einem Telegramm des Grafen Lubow gefunden worden sein, dessen Vorkauf dem Pariser Untersuchungsgericht kürzlich von der Regierung der Vereinigten Staaten zugestanden worden sein soll. In der französischen Kammer wies ein sozialistischer Abgeordneter darauf hin, daß gewisse Untersuchungen in Italien nicht in Übereinstimmung mit dem geltenden Recht stattgefunden hätten. Eine Formalität sei unbeachtet gelassen worden, nämlich die Anwesenheit des Angeklagten. Dieser könne darum die Schelte des ihn angeblich belastenden aufgefundenen Schriftstückes bestreiten. Ministerpräsident Clemenceau reichte die Vorlage der Behörden, worauf der Regierung mit 369 gegen 106 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen wurde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Wie verlautet, sind die neuen Steuervorlagen, die noch im Laufe dieses Monats dem Bundesrat zugehen werden, im Februar, spätestens im März im Reichstag zu erwarten. Ursprünglich war beabsichtigt, im Sommer dieses Jahres die große Reichsfinanzreform vorzunehmen und bis dahin keine neue Steuervorlage zu bringen. Mit Rücksicht darauf aber, daß sich das Ende des Krieges einstellen noch nicht absehen läßt, hat man sich entschlossen, ein paar neue Steuern vorwegzunehmen. Aber ihren Inhalt wird einstweilen strengstes Schweigen bewahrt.

Dem bayerischen Landtage ist die in der Budgetrede des Finanzministers angekündigte Vorlage zur Fortführung der Reform der direkten Steuern zugegangen. Die Vorlage bringt sieben Gelegenheitssteuern, nämlich den Entwurf eines Vermögenssteuergesetzes, eines Gesetzes zur Abänderung des Einkommensteuergesetzes, eines Gesetzes zur Abänderung des Haussteuergesetzes, eines Gesetzes zur Abänderung des Umlagegesetzes, eines Gesetzes zur Abänderung des Kapitalsteuergesetzes, eines Gesetzes zur Abänderung des Grundbesitzsteuergesetzes und endlich eines Gesetzes zur Abänderung der Kirchensteuerordnung und der beiden Gemeindeordnungen für die Landesteile rechts und links des Rheins. Die Vorlage trägt in ihrer Gesamtheit sozialen Gesichtspunkten Rechnung.

Holland.

Der Entwurf der Lebensmittelzuteilung ist fertig gestellt und wird zunächst auf Butter und Margarine, aber möglicherweise auch auf andere Artikel, wie Tee, Fleisch und Käse angewandt werden, falls er Erfolg hat. In Butter besteht wirklicher Mangel, andere Artikel werden künstlich zurückgehalten. Die eigentlichen Beschwerden der Arbeiterklasse richten sich dagegen, daß die Preise von Waren, die im Überflusse vorhanden sind, in die Höhe getrieben werden, und gegen Ungleichheiten der Verteilung.

Rußland.

Die Lage in Rußland wird mit jedem Tage ungewisser. Wenn auch die Maximalisten hier und da an Macht gewinnen, so wächst doch auch der Widerstand. Ein Zeichen dafür ist das Attentat, das auf Lenin verübt wurde. Als er eine Abdeutung der sozialistischen Notizen

Garde, die zur Front abging, begleitet hatte und im Automobil zurückkehrte, wurden auf dieses vier Revolverkugeln ohne Erfolg abgefeuert. Lenin blieb unverletzt. Auf der andern Seite führt die maximalistische Regierung das Regiment mit strenger Hand. So ließ sie den rumänischen Gesandten verhaften, weil er sich an Unruhen gegen die maximalistische Regierung beteiligte.

Amerika.

Über die Lage der Deutschen in Uruguay teilte der am 1. d. d. Vertretung der deutschen Interessen in Uruguay beauftragte schweizerische Gesandte in Buenos Aires mit, daß die im dortigen Staatsgebiet lebenden Deutschen keinerlei Beschränkungen zu befürchten haben, sich vielmehr hinsichtlich ihrer Personen und ihres Eigentums derselben verfassungsmäßig gewährleisteten Sicherheit erfreuen wie alle anderen Einwohner des Landes.

Aus In- und Ausland.

Genève, 16. Jan. Die Reichstagswahl im Kreis Doubs-Romans ist auf den 25. Januar festgelegt worden.

Stuttgart, 16. Jan. Der Gesundheitszustand des Bismarckers v. Beyer hat sich soweit gebessert, daß Herr von Beyer voraussichtlich noch in diesem Monat seine Tätigkeit in Berlin aufnehmen wird.

Basel, 16. Jan. Wie verlautet, ist die Czarin in Tobolsk geisteskrank geworden.

Bern, 16. Jan. Wie aus Melbourne (Australien) berichtet wird, ist Hughes erneut mit der Kabinettsbildung betraut worden.

Aus dem Hauptauschuß des Reichstages.

Berlin, 16. Januar. Am Hauptauschuß des Reichstages kam heute die Zwangsliquidation in Elberfeld zur Besprechung. Die Verhandlungen wurden vertraulich geführt. Es ist eine Entscheidung zwischen Abg. Trimbom, Erbenberger, Krings, Reiffenberg um vom Zentrum vorgelegt worden, die verlangt, der Reichskanzler möge beschließen, daß Maßnahmen zur Finanzierung einer Aufsicht des Reiches über die Naturkatastrophen (Hochwasser, Ernte usw.) im Interesse der Allgemeinheit gegen die Schuldlasten getroffen werden.

Wie es heißt, wird der Hauptauschuß die große politische Debatte über die Kriegsforderungen in den nächsten Tagen noch nicht beginnen, zumal der Reichskanzler seine angekündigte Rede im Hauptauschuß vielleicht erst in der nächsten Woche halten wird, wahrscheinlich erst nach weiterem Vorwärtsschreiten der West-Litowitzer Verhandlungen.

Der Hauptauschuß wird sich voraussichtlich morgen und in den folgenden Tagen mit Senturfragen beschäftigen.

Der preussische Etat im Abgeordnetenhaus.

(108. Sitzung.) RK, Berlin, 16. Januar. Finanzminister Berg brachte den Staatshaushalt für 1918 ein und trat damit zum erstenmal seit seiner Ernennung vor das Parlament. Er bemerkte, die Bilanz schließe zu unseren Gunsten ab. Wir werden durchhalten. Glänzend stehen wir da mit den unergieblichen Ruhestätten unserer Deere und unserer Flotte. Der Friede sei auf dem Marsch und werde auf dem Marsch bleiben. Im großen und ganzen hat der Bau der preussischen Finanzen allen Kriegskräften getrotzt. Freilich werden neue Einnahmequellen erschlossen und bei den Ausgaben mit größter Sparsamkeit gewirtschaftet werden müssen. Neue Steuern im Reich und in Preußen sind notwendig. Der steigende Fehlbetrag der Eisenbahnverwaltung soll durch eine Erhöhung der Tarife ausgeglichen werden, die vorläufig nur als vorübergehende Kriegszuschläge gelten sollen.

Der Etat für 1918

Ist mit 6 1/2 Milliarden Mark in Einnahmen und Ausgaben um 1,4 Milliarden Mark höher als der laufende Etat. Diese enorme Erhöhung ist auf die allgemeine Steigerung der Ausgaben, aber auch auf eine statistische Änderung zurückzuführen, die Beamtenzulagen sind eingearbeitet, auch der Betrag für den Staatskommissar für Volksernährung usw. Die Schanzenweisungen sind nicht schwebende, sondern dauernde Schulden und ihre Tilgung war deshalb in den Etat aufzunehmen.

Die genauen Zahlen für den Abschluß des Staatshaushaltsplans sind in Einnahme und Ausgabe 6 546 699 278 Mark. Die Schlusskummen erhöhen sich gegen den Haushalt des laufenden Rechnungsjahres um 1 385 993 557 Mark.

Der gewaltige Etat setzt, welches großes Interesse der Staat an dem Verständnis und der Zuverlässigkeit seiner Beamten hat. Wir brauchen tüchtige Beamte, die Vorbedingung dazu aber ist eine

Beoldungsreform.

Einstweilen haben wir wenigstens für die durch den Krieg besonders schwer betroffenen Diakone etwas getan. (Beifall.) Neue Ausgaben sind in der Bevölkerungspolitik, der Kleinwohnungsfürsorge und der Säuglingsfürsorge entstanden. Für eine Besserung der Wohnungsverhältnisse der Kinderermittelten sind große Beträge bereitgestellt. Das Gesetz von 1917 über die Erhöhung der Steuerzuschläge sah vor, daß, wenn der Krieg am 1. April 1918 noch dauert, zum drittenmal

Die erhöhten Zuschläge

erhoben werden sollen. Sollte auch der Krieg bis dahin zu Ende sein, so muß doch durch ein neues Gesetz, wenn nicht etwa die organische Neuordnung des ganzen Steuerwesens inwischen durchgeführt sein sollte, für die Weitererhebung

dieler erbauten Zuhilfenahme Vorzüge getro...

Über die Vereinfachung der Verwaltung

verhandelt darauf das Haus weiter in zweiter Lesung...

Abb. v. Hofelberg (Konf.): Die Vorschläge des Ministers...

Von den weiteren Rednern wurde der Zweck der Vorlage...

Die fortgesetzte Aussprache über das Frauenwahlrecht...

Das preussische Herrenhaus

bleibt nur eine kurze Sitzung ab, in der außer dem Gelehrten...

Ein Antrag zum Friedensschluss

ist von den Mitgliedern Grafen Behr, Preyerlingh und...

Der Antrag soll demnächst besprochen werden. Das Haus...

Rußlands innere Kämpfe.

Die Ungültigkeitserklärung der Staatsschulden.

Die mannigfachen Gerüchte von einem bevorstehenden...

Der oberste Verwaltungsrat der nationalen Güter...

Als gültig werden allein betrachtet nationale, kurzfristige...

Der rechte Weg.

Roman von M. Briggé-Brook.

42) Nachdruck verboten.

Er hatte sie getroffen. Der Verlust des Dames bedeutete...

„Bistest du nicht, daß unsere Lucke eigentlich ein kleiner...

Ein Jahr lang wohnten Beck's schon in der kleinen Villa...

Schabantes. Ehe sich die finanziellen Folgen dieser...

Rücktritt Lenins?

Nach einer Meldung aus Stockholm ist in Petersburg...

Schon vor längerer Zeit hieß es einmal, Lenin wolle...

Meuterei der Schwarzmeerflotte.

In Sebastopol kam es zu einem förmlichen Blutbad...

Jetzt haben die maximalistischen Matrosen eine fürchterliche...

Die Meuterei überfiel dann die Stadt Kilia, steckten sie...

Es gibt nur eine Meinung.

Wie die Russen dabei über die politische Meinungsaussch...

Der Kongreß der Bauern hat demgemäß eine besondere Verordnung für die unersch...

England baut ab.

Nach Meldungen aus Stockholm sind dort gleichzeitig mit...

Zu dem bisherigen englischen Botschafter in Petersburg...

„Auf diese Weise kommt im „freien“ Russland die ge...

Kurland, Litauen und Polen.

Weiterverhandlung in Brest-Litowk.

Brest-Litowk, 16. Januar.

Zur Behandlung der Gebietsfragen hielt gestern die...

ein näheres Eingehen nicht. Doch Sonntags suchten die...

Es war ein Sonntag. Man stand in den ersten Tagen...

„Hat Vera das nicht wieder wunderbar gemacht? fragte...

„Wer hätte das gedacht“, erwiderte Frau von Ende...

„Können Sie nicht sehen, daß er auf die beiden frisch...

„Können Sie nicht sehen, daß er auf die beiden frisch...

„Wartet, gleich werd' ich's haben, hier steht's.“ Er...

Da ich mit meiner Frau auf längere Zeit nach B. zu...

W. v. Rosen, Legationsrat.

Die Antwort der Mittelmächte.

die nunmehr vorlesen wird, stellt fest, daß die Vorschläge...

Bei der Frage nach den gegenwärtig von den Verbündeten...

- 1. Der Zeitpunkt zwischen dem Abschluß des Friedens mit...

Dabei ist nicht zu vergessen, daß für die Mittelmächte...

Gegenüber der russischen Regierung erklären die verbündeten...

Die Abordnungen der Verbündeten erkennen die russische...

Umfang der Gebiete, politische Voraussetzungen für die...

Zu diesen vier Hauptangelegenheiten wird von der deutlichen...

Zu Punkt 1. Die Behauptung, das Selbstbestimmungsrecht...

„Alfred von Rosen, er ist's“, sagte Vera leise, am Ende...

„Er muß es sein“, bestätigte ihre Mutter. „Daß man sich...

„Jedenfalls was ganz Respektables. Ein Legationsrat...

„Nun tut mir aber mal die Liebe und spricht euch aus...

„Viel Fragen auf einmal“, erwiderte seine Frau lächelnd.

„Alfred von Rosen steht uns nahe genug. Er war meines...

„Nicht daß ich wüßte. Abgesehen sehe ich's unterer...

„Laß deine schlechten Bisse“, wehrte seine Frau, die...

Veras Gesicht blieb unbewegt. Sie war es auch, die jetzt...

„Nichts zu erzählen ist, wenigstens nicht viel. Alfred...

„Laß deine schlechten Bisse“, wehrte seine Frau, die...

„Nichts zu erzählen ist, wenigstens nicht viel. Alfred...

„Nichts zu erzählen ist, wenigstens nicht viel. Alfred...

„Nichts zu erzählen ist, wenigstens nicht viel. Alfred...

Fortsetzung folgt

Deutschland und Österreich-Ungarn haben nicht die Absicht, sich die jetzt von ihnen besetzten Gebiete einzuverleiben. Sie beabsichtigen nicht, die fraglichen Gebiete zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu nötigen, müssen aber sich und den Völkern der besetzten Gebiete für den Abschluß von Verträgen aller Art freie Hand behalten.

Zu Punkt 2. Was die Ausführungen hierzu betrifft, so gehen sie an dem grundlegenden Unterschied vorbei, auf den die verbündeten Abordnungen immer wieder hingewiesen haben.

Eine Zurückziehung der Heere ist, solange der Weltkrieg dauert, unmöglich, jedoch kann angekrebt werden, die Truppen, falls es die militärischen Umstände gestatten, auf diejenige Zahl zurückzuführen, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung und der technischen Betriebe im Lande unbedingt nötig ist. Die Bildung einer nationalen Gendarmerie kann angekrebt werden.

Was die Rückkehr der Flüchtlinge und der während des Krieges Fortgeführten betrifft, so wird wohlwollende Prüfung von Fall zu Fall zugestanden. Diese Frage kann, da sie nicht von ausschlaggebender politischer Bedeutung ist, einer besonderen Kommission überwiesen werden.

Zu Punkt 3. Der russische Vorschlag ist in seinen Einzelheiten nicht klar genug und bedarf der weiteren Aufhellung. Es ist aber ohne weiteres zuzugeben, daß mit der fortschreitenden Annäherung des allgemeinen Friedens den gewählten Vertretern der Bevölkerung des Landes in immer steigendem Umfange die Mitwirkung auch an den Verwaltungsaufgaben eingeräumt werden soll.

Zu Punkt 4. Die verbündeten Abordnungen sind grundsätzlich bereit zuzustimmen, daß eine Volksabstimmung auf breiter Grundlage die Verträge über die staatliche Zugehörigkeit der Gebiete sanktionieren soll. Eine einseitige Festlegung auf ein Referendum (Gesamtstimmgebung) erscheint unpraktisch.

Auch die Abstimmung einer auf breiter Grundlage gewählten und ergänzten repräsentativen Körperschaft würde nach Anschauung der verbündeten Delegationen genügen. Es mag darauf hingewiesen werden, daß auch die von der Regierung der Volkskommissare anerkannten Staatenbildungen innerhalb des ehemaligen russischen Kaiserreiches, wie zum Beispiel der Ukraine und Finnlands, nicht im Wege eines Referendums, sondern durch Beschlüsse von auf breiter Grundlage gewählten Nationalversammlungen erfolgten.

Die Grenze des Entgegenkommens.

Nachdem so die Beantwortung im einzelnen genau für jeden Punkt gegeben war, fährt die Erklärung der Mittelmächte fort:

Von dem Wunsche befeuert, es neuerdings zu versuchen, zu einer Verständigung mit der russischen Regierung zu gelangen, haben die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns diese weitgehenden Vor schläge gemacht, füge jedoch gleichzeitig hinzu, daß sie den äußersten Rahmen bilden, innerhalb dessen sie eine friedliche Verständigung noch erhoffen können.

Sie waren bei der Entwicklung dieser Grundzüge ebenso von der pflichtgemäßen Absicht durchdrungen, die eigene Wehrfähigkeit nicht schwächen zu lassen, solange der unheilvolle Krieg noch fortgeht, als auch von der Intention einige Völker, die an ihr Gebiet angrenzen, instand zu setzen, endgültig und selbständig über ihre eigene Zukunft zu entscheiden, ohne dabei in einen Zustand der äußersten Not, des Elends und der Verzweiflung zu geraten. Eine Verständigung zwischen Rußland und den Mittelmächten über diese schwierigen Fragen jedoch ist nur dann möglich, wenn auch Rußland den ernstlichen Willen zeigt, zu einer Vereinbarung gelangen zu wollen, und wenn es anstatt des Versuches, einseitig Diktate aufzustellen, sich bemüht, die Frage auch von der Gegenseite aus zu betrachten und jenen Weg zu finden, der allein zu einem friedlichen Ergebnis führen kann. Nur unter der Voraussetzung solcher Intentionen können die Delegationen der verbündeten Mächte noch an der Hoffnung einer friedlichen Beilegung des Konflikts festhalten.

Eine Rede Trozki's.

Der russische Volkskommissar des Äußeren Trozki erklärte zunächst, er hoffe, daß die eben verlesene Antwort der Zentralmächte jedenfalls die Zweifel über die formalen Schwierigkeiten beseitigt habe, die für die russische Delegation durch die in der vorigen Sitzung gehaltene Rede des Generals Hoffmann entstanden wären. Die russische Delegation sei der Ansicht, daß sie im vorliegenden Falle Verhandlungen mit einer Partei führe, die vorerwähnt werde durch die Äußerungen des Generals Hoffmann und sagte, daß auch die russische Regierung auf der Macht fuße. Solange die Gesellschaft aus kämpfenden Klassen bestehe, solange werde sich die Macht der Regierung auf Kraft begründen und durch Gewalt ihre Herrschaft behaupten. Er müsse aber auf das Bestimmteste gegen die Behauptung protestieren, daß keine Regierung jeden anders Denkenden für vogelfrei erkläre. Das, was die Regierung anderer Länder bei den Handlungen der russischen Regierung abtöbe, sei die Richtung, in der sie sich durch nicht beirren lasse. So hätten er und seine Freunde, als die rumänische Regierung versucht habe, auf russischem Gebiete Gewaltmaßnahmen gegen revolutionäre Soldaten und Arbeiter anzuwenden, von hier aus der Petersburger Regierung vorgeschlagen, den rumänischen Gesandten, sein ganzes Gefandtschaftspersonal und die rumänische Militärmission zu verhaften, und sie hätten die Antwort erhalten, daß dies bereits geschehen sei.

Der Redner meinte weiter, was die von General Hoffmann gegebenen Beispiele betrafte, so charakterisierten sie in keiner Weise die russische Politik. In keiner Weise beschränke die russische Regierung das Recht der Ukraine

auf Selbstbestimmung. In Bezug auf die von den Mittelmächten besetzten Gebiete glaubt der Redner den Schluß ziehen zu können, daß die Entscheidung des Schicksals dieser Gebiete erfolgen solle ohne Rücksicht darauf, ob das eigene Volk bereits im Stande sei, die Entscheidung in die eigene Hand zu nehmen. Bei den weiteren Verhandlungen halte die russische Abordnung es für notwendig, gerade die Punkte in den Vordergrund zu stellen, die den Gegenstand von Meinungsverschiedenheiten bilden und dies mit aller genügenden Entschlossenheit, weil nur in diesem Falle eine gerechte Lösung gefunden werden könne. Herr Trozki schloß mit der Bemerkung, daß sich die russische Delegation selbstverständlich das Recht vorbehalte, eine genaue Äußerung abzugeben über den Charakter der Erklärungen, die heute verlesen worden seien.

Herrn v. Rühlmanns Erwiderung.

Der Staatssekretär kommt auf die Rede des Generals Hoffmann zurück und sagt: Die staatsrechtliche Zuständigkeit des Deutschen Reiches hat der Herr Redner mit der genauen Kenntnis internationaler Verhältnisse, die er besitzt, vollkommen richtig charakterisiert. Der Herr Reichskanzler, der einzige verantwortliche Reichsminister, erteilt auf dem gesamten Gebiete der auswärtigen Politik die für seine Organe maßgebenden Instruktionen. Abgesehen ist es bei der engen politischen Aberein Stimmung, in der ich mich mit dem Herrn General Hoffmann befinde, vollkommen selbstverständlich, daß

Keinerlei Zwiespalt zwischen meinen und General Hoffmanns Auffassungen

besteht. Der grundlegende Unterschied zwischen unserer Auffassung und der der russischen Delegation ist, daß wir im Gegensatz zu ihr auf dem Vorhandenen aufbauen, daß wir ohne Bruch und gewalttätigen Übergang in jenen Gegenden ein geordnetes Staatsleben entstehen lassen wollen, und daß wir es ablehnen, aus reiner Vlebedienerei gegen die Theorie erst einen luftleeren Raum zu schaffen und in einer bisher nicht bezeichneten Weise in diesem luftleeren Raum den Staat sich bilden zu lassen. Im übrigen nehme ich aber mit Befriedigung Notiz von den Ausführungen des Herrn Redners, daß er und seine Delegation nunmehr genehmer sind, in die wirkliche Diskussion und Klärung der Einzelheiten der uns trennenden Auffassungen einzutreten. Jetzt schlage ich vor, uns an die weitere von der russischen Delegation vorgeschlagene Arbeitsmethode zu halten, um über die vier Punkte, wie sie in unsrer Antwort aufgenommen worden sind, nun wirklich in die Detaildiskussion einzutreten. Ich hoffe, daß wir dann in wenigen Tagen so weit sind, mit voller Klarheit und in dem vollen Gefühl der Verantwortlichkeit zu sagen, ob die Schwierigkeiten überwunden werden können oder der hier gemachte Versuch aufgegeben werden muß.

Mittwoch Weiterverhandlung.

Herr Trozki betont, daß er in der Frage der Zurückziehung der Truppen in keiner Weise der Ansicht des deutschen Vorsitzenden beitreten könne, daß angeblich die Entfernung der Besatzungstruppen hinter sich einen leeren Raum zurücklassen würde. Technische Schwierigkeiten könnten auch ohne Besatzungstruppen erledigt werden. Staatssekretär v. Rühlmann weist demgegenüber darauf hin, daß neben den technischen Gründen auch die Gründe der Sicherheit in den betreffenden Gegenden eine sehr wichtige Rolle spielten. Sodann beantragte Herr v. Rühlmann, nimmere über die von der russischen Delegation selbst vorgeschlagenen vier Punkte in der von ihr angeordneten Ordnung in eine geschäftsmäßige Behandlung einzutreten. Nachdem sich Herr Trozki diesem Vorschlag angeschlossen hatte, wurde die Sitzung beendet und die nächste Sitzung für Mittwoch anberaumt.

Ein bayerischer Vertreter in Brest-Litowsk.

Um den bundesstaatlichen Charakter des Deutschen Reiches nach außen zum Ausdruck zu bringen, wird Bayern fortan einen besonderen Vertreter zu den Friedensverhandlungen mit Rußland nach Brest-Litowsk entsenden. Zunächst wird sich der frühere bayerische Ministerpräsident Dr. Graf Bodewits nach Berlin zu Besprechungen mit dem Auswärtigen Amt und dann nach Brest-Litowsk begeben.

In einigen Punkten Annäherung.

Brest-Litowsk, 16. Januar. Heute wurden die gestern wieder aufgenommenen Besprechungen der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der territorialen und politischen Fragen fortgesetzt. Trotz der vorläufig noch harten Abweichungen in den Auffassungen der beiden verbündeten Parteien konnte in einigen Punkten eine gewisse Annäherung festgestellt werden.

Der deutsche Tagesbericht.

WTB Großes Hauptquartier, 17. Jan. (Amtlich)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Keine größeren Kampfhandlungen. In zahlreichen Erkundungsgefechten nördlich von Passchendaele, an der Scarpe, bei Vendhuille und St. Quentin wurden einige Engländer gefangen.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Mazedonische Front.

Im Etnobogen erhöhte Artillerietätigkeit.

Italienische Front.

Die Lage ist unverändert. Bei ihren erfolglosen, verlustreichen Angriffen am 14. und 15. Januar haben die Italiener 12 Offiziere und mehr als 350 Mann als Gefangene eingebüßt.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Krieg zur See.

Ein feindlicher Zerstörer vernichtet. Amtlich wird gemeldet: Neue U-Boot-Erfolge im Mittelmeer: ein englischer Zerstörer und 24 000 Gr. Neg. To. Handelschiffsdraum. Am 30. Dezember hat eines unserer Unterseeboote, Kommandant Oberleutnant L. S. Obermüller, vor Alexan-

drien einen großen bewaffneten, durch Fischdampfer und Torpedobootzerstörer stark gesicherten, vollbesetzten Transporter versenkt und darauf in kühnem Angriff den Zerstörer der Sicherung „H 08“ durch Torpedotreffer vernichtet.

Der Transporter hatte nach Beobachtung des U-Bootes anscheinend ausschließlich weiße Engländer an Bord. Unter den übrigen von unteren U-Booten versenkten Schiffen, von denen die meisten für Italien bzw. die Engländer im Orient Ladung hatten, befand sich ein weiterer bewaffneter, von Zerstörern gesicherter Transportdampfer von etwa 5000 Tonnen sowie zwei mittelgroße Dampfer, die aus Belettschen herausgeschossen wurden.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

Englische Eingeständnisse.

Lord Lambert äußerte auf einer Versammlung der Landwirte: Wenn die U-Bootsopfer der Schifffahrt weiter auf dem Stande von 30% geblieben sind, so sind im Dezember mehr englische Schiffe versenkt worden, als im November. Im verflochtenen Jahr wurden dreieinhalbmal soviel Schiffe versenkt, als gebaut wurden. Dies sind unheimliche Mitteilungen, aber ich habe sie aus guter Quelle. Die Ausschichten für unsere Ernährung sind ernst; alle müssen sparen.

Kleine Kriegsnachricht.

Berlin, 16. Jan. Generalquartiermeister Ludendorff sind wieder im Hauptquartier eingetroffen.

Stockholm, 16. Jan. Die Entfernung der russischen Truppen aus Verken macht schnelle Fortschritte. Die russischen Truppen haben vor ihrem Abmarsch alles verwüdet.

Vern, 16. Jan. Der Hauptweg der Pariser Konferenz ist nach italienischen Berichten eine ins einzelne gehende Erklärung der Kriegsziele der Weltmächte.

Das neue Kurland.

Eine Erklärung für den Anschluß an Deutschland.

Zwischen der russischen Delegation von Brest-Litowsk und den Vertretern Deutschlands ist kürzlich eine lange Debatte über das Selbstbestimmungsrecht der Völker und über den Abstimmungsmodus entbrannt. Es ist angeführt dieser Verhandlungen nicht uninteressant, die Entscheidungsmethoden, die der Landtag der kurländischen Ritter-



Landchaft hinsichtlich seines Anschlusses an Deutschland gefaßt hat. Es heißt darin u. a.: In der aus einigen 80 Abgeordneten bestehenden Landesversammlung wurde einstimmig von den deutschen und lettischen Vertretern eine Entscheidung angenommen, die besagt, daß sie vertrauensvoll die Geschicke Kurlands in die Hände des Deutschen Kaisers und seines mächtigen Reiches legen. Gleichzeitig wurde die Ober-Ost-Regierung gebeten, dieser Landesversammlung zu gestatten, aus ihrer Mitte einen Landesrat zu wählen, der gemeinsam mit den Vertretern der Regierung die zukünftige Verfassung des Landes ausarbeiten sollte. Die Ober-Ost-Regierung hat diesem Wunsche Rechnung getragen, und es erfolgte demnach die Wahl dieses Landesrates, die in der Form vor sich ging, daß die Vertreter des Großgrundbesitzes ebenso wie die Vertreter der lettischen Landesbevölkerung und die Vertreter der Städte aus ihrer Mitte die Kandidaten zum Landesrat ernannten, worauf diese dann einstimmig gewählt wurden. Auch unter den Vertretern der Städte sind Letten sowohl in die Landesversammlung, wie auch in den Landesrat gewählt worden. Man darf also wohl behaupten, daß die so gewählten Vertreter die Stimmung des Landes zum Ausdruck zu bringen vermögen.

Schlußdienst.

[Droh- und Korrespondenz-Nachrichten]

Ministerpräsident Ruzarszewski über Polens Zukunft.

Wien, 16. Jan. Der polnische Ministerpräsident Ruzarszewski äußerte sich einem Botschafter gegenüber über die Ergebnisse der Reise des polnischen Regentenschaters nach Berlin und Wien. An beiden Stellen habe man den Organisationsentwurf einer polnischen Armee vorgelegt. Wohlwollende Prüfung sei zugesichert worden. Eine teilweise Vertretung der Polen sei ausgedrückt, doch wünsche man eine ähnliche Vertretung wie die der Ukraine. Graf Czernin und Graf Hertling hätten übereinstimmend erklärt, daß die polnische Nation selbst über ihre Zukunft entscheiden solle. Es sei eine feststehende Tatsache, daß die Habsburger Monarchie und Dynastie sich der großen Sympathien der Polen erfreute. Es werde sich eine entsprechende Form für diese Sympathien und die gemeinsamen Interessen finden. Die Vereinigung Galiziens und Kongreß-Polens sei ein langjähriger Wunsch der ganzen polnischen Nation.

Erwartungen in Petersburg.

Stockholm, 16. Jan. Der gutunterrichteten schwedischen Kreise naheherende Petersburger Korrespondent des finnischen „Suomalais-Sanomat“ erzählt von den letzten Verhandlungen in Brest-Litowsk, daß die Bolschewiki-Regierung auf die Forderungen der Zentralmächte eingehen wird. Der Abbruch der Verhandlungen wird in Maximalistenkreisen nicht befürchtet.

Drohende Ministerreise in Österreich.

Budapest, 16. Jan. Vertreter blesiger Blätter berichten aus Wien, die Lage des Kabinetts Seidler sei unsicher geworden. Die österreichischen Parteien halten zurzeit gemeinsame Beratungen unter Führung der Christlich-Sozialen ab. Es heißt, die Deutsch-Radikalen wollten das Ministerium nicht mehr unterstützen. Sie weisen ihr eine schwächliche Haltung gegen die Tschechen vor. Auch die Christlich-Sozialen seien unsicher, ob sie das Kabinett noch länger unterstützen sollen. Die deutsch-böhmischen Abgeordneten denken an eine öffentliche Rundgebung, in der sie gegen die staatsfeindlichen Antriebe der Tschechen protestieren wollen.

Die Erregung in der französischen Kammer.

Genf, 16. Jan. In den Kammerreden in Paris dauert

